

**Vertreterinnen des Integrationsrates der Kreisstadt Unna, ehrenamtliche Flüchtlingshelfer\*innen und Vertreter der Caritas und der Evangelischen Kirche äußern sich in einer gemeinsamen Erklärung entsetzt über einen Akt unverhältnismäßiger Behörden-Gewalt.**

Den Unterzeichnern liegt eine detaillierte Zeugenaussage vor, nach der bei einer Abschiebung am 26. September 2019 ein Ehepaar, das sich schon seit einigen Jahren in Unna aufhielt und in keiner Weise straffällig oder auch nur auffällig geworden war, mit unverhältnismäßiger Gewalt festgenommen und noch am gleichen Tag nach Mazedonien abgeschoben wurde.

In dieser Zeugenaussage wird der Vorgang wie folgt beschrieben:

Die Wohnungstür wurde morgens um 6.00 Uhr mit Gewalt aufgebrochen. Mitarbeiter der Ausländerbehörde und der Polizei dringen mit gezogener Waffe in Wohnung. Die 52-jährige Frau wurde ohne Vorwarnung zu Boden gebracht, der schwerkranke Mann (50 Jahre) ebenfalls nieder gezwungen. Beiden wurden Handfesseln angelegt, obwohl sie in keiner Weise Widerstand leisteten. Nur mit spärlicher Kleidung und wenigen Gegenständen des persönlichen Bedarfs wurden sie abgeführt. Die Frau hatte nicht einmal Socken an.

Ein dringend benötigtes Sauerstoffgerät zum Einsatz in der Nacht und die Krankenunterlagen verblieben in der Wohnung. Obwohl reichlich Medikamente an die Beamten weitergegeben wurden, bekam der Diabetiker und herzkranke Mann lediglich 2 mal 10 Tabletten mit auf den Weg.

Der ebenfalls anwesende Sohn (20 Jahre), der sich in einer Ausbildungsduldung befand, musste unter Bewachung auf seinem Bett warten, erhielt auch auf Nachfrage keinerlei Auskünfte, noch wurde ihm Gelegenheit gegeben sich in Ruhe von seinen Eltern zu verabschieden.

Über die Geschehnisse liegt ein ausführlicher schriftlicher Bericht des Sohnes vor.

Ausländerbehörde und Polizei haben im Gespräch mit Vertretern von Caritas, Integrationsrat und Evangelischer Kirche im Wesentlichen den Ablauf der Aktion bestätigt.

Das Ehepaar war zwar schon länger, nach zweifach abgelehnten Asylantrag, zur Ausreise aufgefordert, wegen schweren chronischen Erkrankungen des Mannes war aber noch eine Petition bei der Härtefallkommission des Landtages eingereicht worden, auf deren Entscheidung die Familie wartete.

Die Familie wurde durch die Beratungsstelle der Caritas betreut und ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und -helfer kannten die Familie schon länger als sehr freundliche und umgängliche Menschen. Sie sind entsetzt über die Form unnötiger Gewaltanwendung.

Zwei Tage vor der überfallartigen Aktion war die Familie im Ausländeramt und hatte dort eine Verlängerung der Duldung für weitere vier Wochen erhalten. Ein eindeutiges Signal zu in Kürze anstehenden aufenthaltsbeendenden Maßnahmen wurde der Familie nicht gegeben.

Nicht nur, dass das Ehepaar keine Gelegenheit hatte, ihre Ausreise vorzubereiten und nun ohne Versorgung und Unterkunft da steht. Es ist in keiner Weise klar, wie die Beschaffung von Medikamenten und medizinischem Gerät in Mazedonien geschehen kann.

Durch eine solche Aktion von Polizei und Ausländerbehörde wird das Vertrauen aller Menschen schwer erschüttert, die in den letzten Jahren als Geflüchtete nach Unna gekommen sind und begonnen haben, sich hier eine neue Existenz aufzubauen.

Das Vorgehen des Ausländeramtes ist auch Folge einer neuen gesetzlichen Vorgabe, nach der Abzuschiebende nicht mehr über den Zeitpunkt einer geplanten Abschiebung informiert werden dürfen. Eine fatale, kurzsichtige und unmenschliche politische Entscheidung.

Die Art und die Härte der Durchführung dieser Abschiebung ist menschlich absolut unangemessen!

Das Geschehnis bedarf der nachhaltigen Aufklärung und ein grundsätzliches Überdenken der Vorgehensweise bei Abschiebungen durch unsere zuständige Ausländerbehörde.

In einem gemeinsamen Gespräch zwischen dem Landrat, der Ausländerbehörde, der Polizei auf der einen Seite und der Vorsitzenden des Integrationsrates der Kreisstadt Unna, dem Flüchtlingsbeauftragten des evangelischen Kirchenkreises und Vertretern der Caritas auf der anderen Seite wurde der Fall erörtert.

Das Fazit der Unterzeichner bleibt: eine derartige Abschiebung hat am Ende nur Verlierer und muss in Zukunft unbedingt vermieden werden.